

Der „Briefetel-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., zugunlich Belegblätter. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetel-Bote

Anzeigen werden in der „Briefetel-Bote“...
Briefetel-Bote, Birtenwerder

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetelbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 17. Postfachkonto: Berlin 62 448. Sonnabend, den 30. Januar 1926. Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Polizeiverordnung

betreffend das Befahren der öffentlichen Wege mit aneinandergekoppelten Fuhrwerken.

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 wird mit Zustimmung des Amtsausschusses für den Amtsbezirk Birtenwerder folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das Befahren der öffentlichen Wege im Amtsbezirk Birtenwerder mit zwei oder mehreren aneinandergehängten beladenen Fuhrwerken ist nur gestattet, wenn der erste Wagen mit einer Bremse und der zweite mit einem Begleitmann versehen ist.

§ 2. Zusammenfahrungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 160 Reichsmark oder mit entsprechender Haft gegen den Befahrer der Fuhrwerke geahndet, sofern nicht eine höhere Strafe bewirkt wird.

§ 3. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Birtenwerder, den 8. Juli 1925.
Der Amtsvorsteher. F. B. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Sprechstunde

Abgesehen von besonderen Vereinbarungen ist es mir zu meinem Bedauern wirklich nicht möglich, nach 10 Uhr vormittags noch Besuche zu empfangen.
Birtenwerder, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der auf
Dienstag, den 2. Februar 1926, abends 8 Uhr,
im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Hohen Neuendorfer Straße 3, anderamtlicher Sitzung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gestellten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
Tagesordnung:
1. Einführung des Schöffensvorstandes.
2. Beschlußfassung über Ermäßigung von Hundesteuer.
3. Kostenbewilligung.
4. Vorschläge für die Wahl von Mitgliedern zum Steuerzuschuß (für Reichsteuern).
5. Beschlußfassung über Regulierung der Fasanen-Allee.
6. Vorberichterstattung beim Beschlußfassung über die Wasserreinigung.
7. Kenntnisnahmen und Beschlüsse.
Bergfelde, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher. Czechowski.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Der Jagdverteilungsplan für das Pachtjahr 1925/26 liegt vom 30. d. Mts. zur Einsicht der Mitbürger im Gemeindevorstand während der Dienststunden von 8-12 Uhr vormittags öffentlich 2 Wochen aus.
Einsprüche können nur während dieser Zeit angebracht werden.
Borgsdorf, den 29. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher als Jagdvorsteher. Seefeldt.

Was gibt es Neues?

- Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat den Reichstanzler Dr. Luthner zum Mitglied gewählt.
- Der japanische Ministerpräsident Bicomte Kato ist gestorben.
- Das japanische Kabinett hat seinen Rücktritt erklärt.
- Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hat einen Schlaganfall erlitten.
- Bei einem Wirbelsturm in der Gegend der Balahausen sind mehrere Schiffe gesunken und schätzungsweise 300 Personen ums Leben gekommen.

Sieg des Kabinetts Luthner.

Elf Stimmen Mehrheit.

Am Schluß der heutigen Reichstagsitzung wurde das von den Regierungsparteien eingebrachte Vertrauensvotum mit knapper Mehrheit angenommen. Damit erledigten sich die Mißtrauensanträge. Für das Vertrauensvotum wurden 160, dagegen 149 Stimmen abgegeben. 151 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Vor der Abstimmung teilte Reichsminister Dr. Stresemann noch mit, daß nach einer Mitteilung der Alliierten die Befehlsmächte noch keinerlei Beschluß über die Höhe der Befehlsmächte im Rheinland gefaßt hätten, eine derartige Entscheidung sei erst nach Inkrafttreten des Locarno-Vertrages zu erwarten. Die Räumung der Kölner Zone sei auf den 31. Januar, 12 Uhr mitternachts, festgesetzt.

Die Aussprache im Reichstag.

— Berlin, 27. Januar 1926.

In der heutigen Besprechung der Regierungserklärung liegen drei Mißtrauensanträge vor, von denen der deutsch-nationalen, der Volkischen und der Kommunisten. Der deutsch-nationale Antrag lautet: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.“ In den beiden anderen Anträgen fehlt der Hinweis auf Artikel 54. Die Volkischen haben außerdem noch einen Eventualantrag eingebracht, der dem Außenminister Dr. Stresemann das Mißtrauen auspricht.

Verbunden mit dem Mißtrauungsantrag der deutsch-nationalen Antrag über die Vorbereitungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wegen der Forderung der Volkischen, ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawesplan mit zur Förderung zu stellen, wird von der linken Gruppe erhoben. Die allgemeine politische Aussprache wird durch

eine Erklärung des Abg. Lehrenbach (Str.)

eingeleitet, der im Namen der Regierungsparteien spricht. Er weist darauf hin, daß die in der jetzigen Reichsregierung zusammengeflohenen Parteien der Mitte sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, die sie mit dem Eintritt in die Regierung übernommen haben. Der Redner sagt Unterfütterung der Nichtlinken, die der Reichstanzler für die Außenpolitik und die Innenpolitik entwickelt hat, für eine Außenpolitik im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten, und für eine Innenpolitik der Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Belastung in der zweiten und dritten Zone recht bald zum Ziele führen mögen. Wirtschaftlich sei Deutschland auf sein zur Verfügung der ihm erzielten Leistungen. Die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Mittelstandes sei notwendig. In dieser Richtung sei die angeforderte Herabsetzung der Steuerlasten zu begrüßen. Der erste Schritt müsse hier bei der Umsatzsteuer getan werden. Die von der Regierung angeforderten Erleichterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik würden von den Regierungsparteien gern angeschlossen werden. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich in der Arbeit für das Reichsprogramm über den Kreis der Regierungsparteien hinaus alle staatsbelebenden Elemente zusammenfinden möchten. (Weißl in der Mitte.)

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Abg. Müller (Franken (Soz.)) behauptet, daß auch die Erklärungen des Abg. Lehrenbach keine Antwort gegeben hätten auf die vielen Fragen, die die Rede des Reichstanzlers offengelassen habe. Wenn Dr. Luthner für seine Ministerregierung die Unterfütterung anderer Parteien suche, dann hätte er ein genaueres Programm vorzulegen müssen. Das Reichsprogramm sei außerordentlich inhaltlos. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen Herrn Luthner sei durchaus gerechtfertigt. In der Außenpolitik sei Deutschland an die Vornopolitik gebunden. Ein Zurück gebe es da nicht.

Der Kanzler hätte offen erklären müssen, daß der Eintritt in den Völkerbund keinen weiteren Nutzen mehr verträglich sei und weniger, als schon wieder Kräfte am Werke seien, die auch in dieser Frage der deutschen Politik den Ruf der Zweideutigkeit verströmen. Seine Erklärung, so erklärte der Redner, hätte am Dienstag für die Besprechung des deutsch-nationalen Antrages genügt, weil Klarheit geschaffen werden müßte, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht an alle möglichen Bedingungen geknüpft werden dürfe. Der Redner sagt der Regierung Unterfütterung zu, wenn sie bereit sei, in der Außenpolitik entschlossen den Weg von Locarno fortzusetzen. Mit aller Schärfe behandelte Abg. Müller dann die Frage der Fühlensbindung und spricht unter dem Beifall der Linken und unter Widerspruch der Rechten von Erpresserakt und einem Mißverständnis der Fühlensbindung.

Der Redner fordert dann Zurückziehung des Schulgesetzentwurfes und schleunige Vollstreckung der Erwerbslose und Kurzarbeiter. Der Redner schließt mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Ausland nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne.

Die Ablehnung der Deutschnationalen.

Abg. Graf v. Helldorf (Dnat.) lehnt die Mißtrauenspolitik der Reichsregierung hinsichtlich des Völkerbundes ab. Die Deutschnationalen hätten einen Zweifel daran gefaßt, daß sie diese Völkerbundsfrage nicht mitmachen können. Die Regierung habe jetzt noch freie Hand und könne immer noch dem Völkerbund beitreten.

Zusätzlich müssen vor einem Eintritt in den Völkerbund bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das gilt besonders von der Befehlsmächtefrage.

Alle Parteien sind darin einig, daß die bisherige Verminderung der Belastung absolut unzureichend ist. Klarheit müsse auch geschaffen werden über die Auslegung des Locarno-Vertrages. Im Gegensatz zu der richtigen deutschen Auslegung meint die Gegenseite noch immer, der Pakt bedeute den ewigen Einigkeit Deutschlands auf Gleich- und Fortschritt. Vor einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse die deutsche Auslegung anerkannt werden. Ferner müsse gefordert werden eine Neuregelung des Verfahrens bei Völkerbundsrevisionen, die Zurücknahme der Fühlensbindung und der Fühlensbindung im Ausland. Garantien für den Schutz deutscher Minderheiten im Ausland, vollständige Beseitigung der Mißtrauensfrage, Aufhebung der im Vorkriegsrecht über Deutschland verhängten Beschränkungen.

Bei Annahme des deutsch-nationalen Antrages würde das Mißtrauen gegen die Regierung fortfallen.

Der Redner lehnt die Politik des Außenministers Dr. Stresemann ab. Es sei überhaupt bedenklich, wenn ein Parteivorstand ausgerechnet Außenminister sei. Der Redner kritisiert dann die Zusammenziehung des Reichstages, das eine noch links eingetragene Parteiregierung sei. Der Redner fordert die Aufhebung des Republikverfassungsgesetzes und warnt vor einer parlamentarischen Kabinettsjustiz in der Frage der Fühlensbindung.

Eine Erklärung des Reichstanzlers.

Ganz unerwartet nimmt darauf sofort Reichstanzler Dr. Luthner das Wort. In großer Erregung erwidert er, es treffe durchaus zu, daß noch manche Fragen offen seien. Das liege eben an der schwierigen Situation der Regierung. Häre eine Mehrheit für die Regierung vorhanden, dann hätten viele Fragen schon programmatisch schlichtend werden können. Jetzt handle es sich einfach darum, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben wolle. Die Regierung der Mitte habe sich zusammengefunden, weil eine Mehrheitsregierung nicht zustande kam. Man habe behauptet, es sei keine Regierung der Mitte und sei auch keine neutrale Regierung. Sie solle die Regierung denn anders ansehen. Wenn die Sozialdemokraten Klarheit verlangten, so hätten sie doch selbst die beste Gelegenheit gehabt, diese Klarheit zu schaffen, indem sie eine Regierung der großen Koalition ermöglichten. Nachdem eine Regierung nach rechts oder links unmöglich war, habe sich diese Notgemeinschaft der Mitte zusammengefunden.

Es sei unmöglich, daß die Regierung in dieser schweren Zeit etwa die Arbeit übernehme auf der Hinterterasse abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlinie erklärte der Reichstanzler zugleich im Namen sämtlicher Mitglieder des Kabinetts, wolle die Reichsregierung nicht arbeiten. Wir wollen, erklärte er weiter, keine Regierung, die gebildet ist, sondern eine Regierung, die vom Reichstage getragen wird. Nur auf dieser Grundlinie werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Beifall i. d. Mitte.)

Der Kanzler erklärt weiter, daß er auf die Einzelfragen aus dem Zeitelauf des Grafen Westarp jetzt nicht eingehen könne. (Beifall i. d. Mitte und links.) Selbstverständlich werde er die Richtlinien des Vertrages von Locarno einhalten. (Beifall i. d. Mitte und links.) Es müsse gelingen, die deutsche Stimme sobald als möglich in den Organen des Völkerbundes zur Geltung zu bringen. Auf Einzelfragen könne er jetzt nicht eingehen, so erklärte der Kanzler, weil sie noch im Fluß seien. Innenpolitisch werde Dr. Luthner dahin streben, wieder das Vertrauensverhältnis des Wählers zum Abgeordneten durch eine Wahlreform herzustellen. Ohne ein Vertrauensvotum könne die Regierung aber nicht arbeiten. (Beif. i. d. Mitte.)

Abg. H. e. e. r. t. (Dem.) erhält gleich zu Beginn seiner Ausführungen einen Ordnungsruf wegen beleidigender Äußerungen gegen die Regierung. Der Redner lehnt das Kabinett Luthner ab.

Abg. Dr. G. e. u. s. (Dem.) erklärt, der Streitpunkt in der wichtigsten Frage, nämlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, sei durch die nun einmal bestehende Zwangslage erledigt. Jetzt gelte es, entschlossen und neutral im Völkerbunde mitzuarbeiten. Es ist ein schmerzlicher Gedanke für uns Deutsche, daß gerade wir Sozialdemokraten an das Ausland haben abtreten müssen. Bei weiteren Forderungen für den Aufschub Deutschlands lassen wir uns nicht durch irgend welchen Värm führen. Weltwirtschaftskonferenz und Abrüstung sind die großen Probleme, die uns alsbald beschäftigen werden. Auch vom deutschen Standpunkt kann man nicht wünschen, daß die französische und polnische Währung dauernd kaputt geht.

Sachliche Opposition der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Abg. v. a. p. e. (Wirtsh. Vgg.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung halte an ihrer sachlichen Opposition fest. Er kritisiert weiter die Preissteigerungspolitik der Regierung, die auf dem Rücken des Mittelstandes ausgetragen werde.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Sturmjahren im Reichstag.

— Berlin, 28. Januar 1926.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Abg. v. B. e. n. n. i. n. g. (Str.) eine Erklärung ab, die sich gegen einzelne Wendungen in der Rede des Grafen Westarp wendet. In der dann fortgesetzten Aussprache über die Regierungserklärung kam zunächst Abg. H. e. n. n. i. n. g. (Wirtsh.) zum Wort, der sich scharf gegen das Kabinett Luthner wandte und das politische Mißtrauen begründete. Es sei unerträglich, wenn nach dem Eintritt in den Völkerbund deutsche Truppen etwa unter französischen Oberbefehl kommen sollten, um Polen vor Anklage zu schützen. Der Redner fordert im Falle einer Entzignung der Büchsen auf die Entzignung sämtlicher Büchsen. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die als Regierung der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Fensterstöße mit eigenen Worten.

Abg. Henning (Wirtsh.) von der Sitzung ausgeschlossen.

Bei den letzten Worten Hennings sprang der Reichstanzler Dr. Luthner in großer Erregung auf, tritt auf den Abg. Henning zu und ruft: Ich verbitte mich derartige Bemerkungen ganz energisch! — Im Laufe entsteht ungeduldige Aufregung. Der Abg. Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringen ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Minutentlang erhält der Ruf: raus! Der Vizepräsident Dr. v. e. l. l. schafft nur mit Mühe Ruhe. Er erklärt dann, daß